


**Dringlichkeitsantrag an den 61. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland
16./17.04.2016, Dresden**

 <p>europa-union deutschland Mitwirken am Europa der Bürger</p>	<p>wird vom Bundessekretariat ausgefüllt</p>
<p>Einzureichen bis: 16. April 2016</p>	<p>Nr. des Antrags:</p>
<p>Antragsteller (Organe des Bundesverbandes, der Landesverbände, der Bezirks- und Kreisverbände sowie der JEF Bundesvorstand):</p> <p>JEF Bundesvorstand</p>	<p>Titel/Thema:</p> <p>Zusammenhalt der EU stärken, um Presse- und Meinungsfreiheit vor türkischer Einflussnahme zu verteidigen</p>
<p>Bundesverband <input type="checkbox"/></p> <p>Landesverband (des Antragstellers):</p> <p>JEF X</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission:</p>

Der BUNDESKONGRESS der Europa-Union Deutschland möge beschließen: ggf. zweite Seite anfügen

Mit großer Sorge nimmt die Europa Union Deutschland sowie die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland die Einflussnahme der türkischen Regierung auf die Presse- und Meinungsfreiheit in unserem Land zur Kenntnis.

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein unveräußerliches Recht unserer deutschen Demokratie und ein integraler Bestandteil unserer europäischen Wertegemeinschaft. Die Einflussnahme der türkischen Regierung auf die Berichterstattung in deutschen Medien bewerten wir als unverhältnismäßig und inakzeptabel.

Deshalb fordern wir deutsche wie europäische Entscheidungsträger dazu auf, die Presse- und Meinungsfreiheit zu verteidigen und die Kritik der türkischen Regierung entschieden zurückzuweisen. Die vorschnelle Stellungnahme und Einmischung der deutschen Regierung durch die Entschuldigung gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten kritisieren wir vor diesem Hintergrund und in Zusammenhang mit der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung als problematisch.

Gleichwohl zeigt die aktuelle Entwicklung der EU-Türkei-Beziehung, dass die fehlende Zusammenarbeit der europäischen Mitgliedstaaten Schwächung der EU geführt hat. Dadurch erhielt die türkische Regierung eine Machtposition, die sie jetzt dazu in die Lage versetzt, sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten zu erpressen.

Deshalb fordern wir die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten dazu auf, unverzüglich den europäischen Zusammenhalt durch uneingeschränkte Solidarität und Zusammenarbeit wiederherzustellen. Dies umfasst eine Türkeipolitik, die den aktuellen Entwicklungen Rechnung trägt, die Stärke der EU konsolidiert und sich von der Abhängigkeit Ankaras zu befreit.

Der vorliegende Fall hat zudem einmal mehr deutlich gemacht, dass der Art. 103 StGB obrigkeitstaatlichen Traditionen folgt, die den modernen Werten einer liberalen Demokratie widersprechen. Staatsoberhäupter sind nicht gleicher als Bürger und müssen nicht gesonderte vor Beleidigungen geschützt werden. Die Tatsache, dass die Bundesregierung die Entscheidungshoheit darüber hat, ob ein Strafantrag gestellt wird, macht derartige Vorfälle überdies zu einem Politikum, bei dem die Bundesregierung nur verlieren kann: entweder sie sendet auf diplomatischer Ebene ein Signal, dass sie offenbar nicht senden will, weil dadurch

Verhandlungen mit der Türkei schwieriger werden könnten, oder aber sie handelt entgegen dem Willen zahlreicher Bürger, die eine Zurückweisung des Ansinnens der Türkei erwarten. Dieses Loose-Loose-Szenario wäre ohne entsprechende gesetzliche Regelungen wie en Art. 103 StGB vermeidbar.

Die Europa-Union Deutschland fordert deshalb die ersatzlose Streichung von Art. 103 StGB.

Hiermit unterstütze ich den oben aufgeführten Dinglichkeitsantrag an den 61. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland:

N r.	Name	Vorname	Landesverband	Unterschrift
1		<i>α</i>		N
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				
11				
12				
13				
14				
15				
16				
17				
18				
19				
20				
21				
22				
23				